

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Bericht zum Landesaktionsplan gegen Rassismus

Dazu sagt die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Aminata Touré:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 224.19 / 17.05.2019

Es geht um das Grund- und Menschenrecht, frei von Rassismus leben zu können

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe die Wohnung nicht bekommen, weil der Vermieter keine schwarze Person in seinem Haus leben haben wollte. Zu diesem Zeitpunkt bin ich Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag.

In der U-Bahn sagt jemand zu mir, hoffentlich macht der Bundesinnenminister mit seiner Politik so weiter, damit keine Afrikaner*innen mehr in Deutschland leben. Zu dem Zeitpunkt bin ich wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag.

Ich laufe mit einer Freundin durch die Straßen Kiels und eine Gruppe von Menschen beleidigt uns mit dem N-Wort. Zu dem Zeitpunkt bin ich Studentin an der Kieler Uni.

Ich höre, wie meine Eltern darüber sprechen, wie despektierlich sie behandelt werden, weil sie mit Akzent deutsch sprechen und schwarz sind. Das widerfährt ihnen bei dem Versuch, für einen Aufenthalt für ihre Kinder und sie in Deutschland zu kämpfen. Zu dem Zeitpunkt gehe ich zur weiterführenden Schule.

Ich spiele mit meiner Schwester draußen, ein erwachsener Mann beleidigt uns mit dem N-Wort und spuckt uns an. Zu diesem Zeitpunkt bin ich 4 und meine Schwester 5. Wir dürfen nicht in den Kindergarten, wir sind Asylbewerberinnen.

Ein minimaler Bruchteil von Erfahrungen. Erzählen Sie doch mal von Ihren rassistischen Erfahrungen, bittet man mich oft und ich habe in der Regel absolut gar keine Lust davon zu berichten und das aus zwei Gründen.

Der erste Grund: Viele glauben, dass die Erlebnisse individuell sind. Die Relativierung beginnt und man erklärt mir, es sind Zufälle. Zufälle, die sich seit 26 Jahren aneinanderreihen. Rassismus erfahren viele Menschen, die nicht die Hautfarbe der Mehrheitsgesellschaft haben, die an einen anderen Gott glauben als die Mehrheitsgesellschaft oder die eine andere Herkunftsgeschichte haben als die Mehrheitsgesellschaft.

Ich will deutlich machen: es sind kollektive Erfahrungen und keine individuellen. Das zeigen wissenschaftliche Studien wie die Mitte Studie. Das zeigen die Zahlen des Bundesinnenministeriums über die gestiegenen antisemitischen und rassistischen Straftaten.

Der zweite Grund: Ich habe keine Lust in mitleidige Gesichter zu blicken. Mitleidige Gesichter ändern nichts. Politische Maßnahmen sind es, die verändern. Sie sind notwendig, weil es nicht um Befindlichkeiten geht, sondern um das Grund- und Menschenrecht, frei von Rassismus leben zu können. Es geht um nichts weniger als dies zu verteidigen - demokratische Grundfesten.

Und deshalb gilt: Wenn diese Grundfesten strukturell angegriffen werden, sei es im Beruf, in der Bildung, bei der Wohnungssuche oder im Zusammenleben, müssen sie verteidigt werden. Deshalb finde ich, dass es ein starkes Signal von unserer Koalition ist, sich diesem Thema anzunehmen.

Ich freue mich, dass Innenminister Grote und sein Haus bereits an der Ausarbeitung des Aktionsplanes arbeiten. Ich finde es richtig, dass in dem Plan die Beteiligung der Zivilgesellschaft geplant ist und dieser in Zusammenarbeit mit allen Ministerien und weiteren staatlichen Institutionen erarbeitet und ausgeführt wird.

Vor drei Monaten habe ich zusammen mit meiner Fraktion eine Antirassismuskonferenz mit Workshops, Podiumsdiskussion und Musik genau hier stattfinden lassen. Über den Tag verteilt haben rund 500 Personen teilgenommen. Es war der Wahnsinn, wie viele unterschiedliche Menschen zusammengekommen sind. Von jung über alt, schwarz bis weiß, wissend und aufgeklärt bis hin zu unwissend und interessiert war die Bandbreite groß.

Wir haben mit Expert*innen über Maßnahmen, die Bundesländer konkret in Angriff nehmen können, gesprochen. Es gibt einen Nationale Aktionsplan gegen Rassismus der Bundesregierung und wir haben unsere Konferenz mit denselben Schwerpunkten ausgerichtet: Rassismus gegen Menschen afrikanischer Abstammung, gegen Roma und Sinti und gegen muslimische Menschen. Ich werde die Ergebnisse mit in den Prozess des Landesaktionsplans einbringen.

In den letzten zwei Jahren war ich viel zu diesem Thema hier in Schleswig-Holstein und außerhalb unterwegs und habe vieles lernen und mitnehmen können.

Was mich immer bestärkt hat, ist die Offenheit, die ich erlebt habe, über dieses Thema zu sprechen. Sei es mit der Polizei, sei es mit dem Deutschen Menschenrechtsinstitut, der Justiz, sei es in Bildungseinrichtungen, sei es in der öffentlichen Verwaltung und natürlich mit Selbstorganisationen. Es passiert zum Glück in vielen Bereich schon etwas und das sind gute Anknüpfungspunkte, um weiter zu machen.

Wir haben in den letzten Jahren extrem viel über Rechtsextreme gesprochen. Lassen Sie uns diese weiter in den Blick nehmen, aber lassen Sie uns noch den Blick schärfen

und so etwas gar nicht erst zu Stande kommen lassen. Lassen Sie uns in die Mitte der Gesellschaft blicken und dort solche Einstellungen im Keime ersticken lassen.

Abschließend: Es geht im Kern auch um die Deutungshoheit, wer darf Teil dieser Gesellschaft sein? Was heißt ‚deutsch sein‘?

Und deshalb zitiere ich abschließend die afro-deutsche Dichterin May Ayim, die nicht mehr fragt, sondern feststellt:

„Ich werde trotzdem afrikanisch sein, auch wenn ihr mich gerne deutsch haben wollt. Und werde trotzdem deutsch sein, auch wenn euch meine Schwärze nicht passt. Ich werde noch einen Schritt weitergehen bis an den äußersten Rand, wo meine Schwestern sind, wo meine Brüder stehen, wo unsere FREIHEIT beginnt. Ich werde noch einen Schritt weitergehen und noch einen Schritt weiter und wiederkehren, wann ich will, wenn ich will, grenzenlos und unverschämt bleiben.“
